

Wenn Kulturpolitik Gesellschaftspolitik sein soll, muss sie auch Friedenspolitik sein

Muchtar Al Ghusain

Dem Fotojournalisten und Filmemacher Ismail Abu Hatab (geb. 1993, gest. 30. Juni 2025) gewidmet

Wir reisen wie alle

Wir reisen wie alle, aber kehren nirgendwohin zurück. Als wäre die Reise
Der Wolken Weg. In ihrer Dunkelheit, zwischen den Wurzeln
der Bäume begruben wir unsere Lieben.

[...]

Wir haben ein Land aus Worten. Sprich, sprich, damit wir das
Ende der Reise erkennen.

Mahmud Darwish (1941–2008)

Sprechen diese Zeilen des palästinensischen Dichters und Nationaldichters (wenn es einen Nationaldichter überhaupt geben kann, wo es bis heute keine Nation Palästina gibt) Mahmud Darwish nicht davon, was Palästinenser*innen seit der Nakba 1948 und ganz besonders seit dem 7. Oktober 2023 geschieht, seitdem Israel auf den grausamen und beispiellosen Terrorangriff der Hamas auf unerbittliche und brutale Weise reagiert, was kein Ende zu finden scheint? Reisen ohne Ende – Fliehen ohne Ende? Und wie unendlich viele der Liebsten mussten seitdem zu Grabe getragen werden? Wie unfassbar groß ist der Schmerz – auf beiden Seiten? Am Ende ist Heimat nur ein Konstrukt der Fantasie der Worte, die das Fehlen der Heimat beschreiben und die Sehnsucht nach ihr nicht stillen können. Rechtfertigt dieses verhängnisvolle Verbrechen der Hamas des 7. Oktobers die vollständige Zerstörung eines schmalen Landstreifens mit Zehntausenden Toten, darunter Abertausende Kinder, Frauen, Ärzt*innen, Journalist*innen, Lehrer*innen, deren einzige »Schuld« darin bestünde, Hamasleuten unfreiwillig als Schutzschild gedient zu haben, wie Israels Regierung nicht müde wird zu behaupten? Das Recht auf Selbstverteidigung nach dem brutalen, grausamen und unmenschlichen Angriff auf Israel mit über 1.200 Ermordeten und der Geiselnahme von 251 weiteren Menschen ist nicht zu bestreiten und ebenso wenig zu rechtfertigen, allerdings hat die auf Rache und Vertreibung zie-

lende entfesselte Gewalt, die Rückeroberung und Besetzung durch Israel mit dem Recht auf Selbstverteidigung nicht mehr viel zu tun. Was aber wäre eine angemessene Reaktion auf einen barbarischen Angriff, wie ihn die Hamas verübt hat? Und gibt es eine rechtsverbindliche Formel für »Rache« in einer Zeit, in der Gesetze und das Völkerrecht nicht mehr zu gelten scheinen? Kann Rache je zu Ausgleich und Frieden führen, zu Sicherheit für beide Seiten? Immanuel Kant erhebt in seiner Schrift *Zum ewigen Frieden* 1794 die weiße Forderung: »Es soll sich kein Staat im Kriege mit einem andern solche Feindseligkeiten erlauben, welche das wechselseitige Zutrauen im künftigen Frieden unmöglich machen müssen«. Um wieviel mehr gilt das in diesem asymmetrischen Konflikt zwischen einem hochgerüsteten Staat und einer terroristischen Guerilla-Armee, die ihre eigene staatenlose Bevölkerung tyrannisiert?

Es steht zu befürchten, dass die in Teilen rechtsradikale, fanatisierte israelische Regierung (insbesondere die Minister Bezalel Smotrich und Itamar Ben-Gvir) ein solches Verdikt nicht interessiert. Immerhin scheint der Vernichtungskrieg, der seit dem Oktober 2023 geführt wird, jetzt, im Oktober 2025, nach der Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen Israel und der Hamas zumindest zu pausieren. Freilich ist diese Vereinbarung noch bei weitem kein Friedensvertrag, und ob die Waffenruhe von Dauer sein wird, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt mehr als unsicher und eine darüber hinaus gehende eigenständige Staatlichkeit Palästinas unter Einbeziehung des Westjordanlandes ist damit ebenfalls nicht verbunden. So bleibt die Sorge, dass das auf beiden Seiten tief-sitzende Trauma weiterhin den Boden bereitet für fortgesetzte Konflikte künftiger Jahre und Generationen, mit Hass einhergeht und auch in Zukunft immer wieder die Spirale der Gewalt bedient.

Der Ort, an dem wir recht haben

An dem Ort, an dem wir recht haben,
werden niemals Blumen wachsen
im Frühjahr.

Der Ort, an dem wir recht haben,
ist zertrampelt und hart
wie ein Hof.

Zweifel und Liebe aber
lockern die Welt auf
wie ein Maulwurf, wie ein Pflug.
Und ein Flüstern wird hörbar
an dem Ort, wo das Haus stand,
das zerstört wurde.

Jehuda Amichai (1924–2000)

Spricht nicht auch dieses Gedicht von Jehuda Amichai (den man, 1925 in Würzburg geboren, 1936 nach Palästina geflüchtet, als jüdisch-israelischen Nationaldichter bezeichnen könnte), lange vor dem 7. Oktober geschrieben, von der Erkenntnis, dass Sieg und Unterdrückung niemanden glücklich, keine Bevölkerungsgruppe sicherer machen?

Jerusalem

Auf einem Dach in der Altstadt
 Wäsche im letzten Tageslicht:
 Das weiße Betttuch einer Feindin,
 das Handtuch eines Feindes
 abzuwischen den Schweiß vom Angesicht.

Im Himmel über der Altstadt
 ein Drachen.
 Und am Ende der Schnur
 ein Kind.
 Das ich nicht sah
 wegen der Mauer.

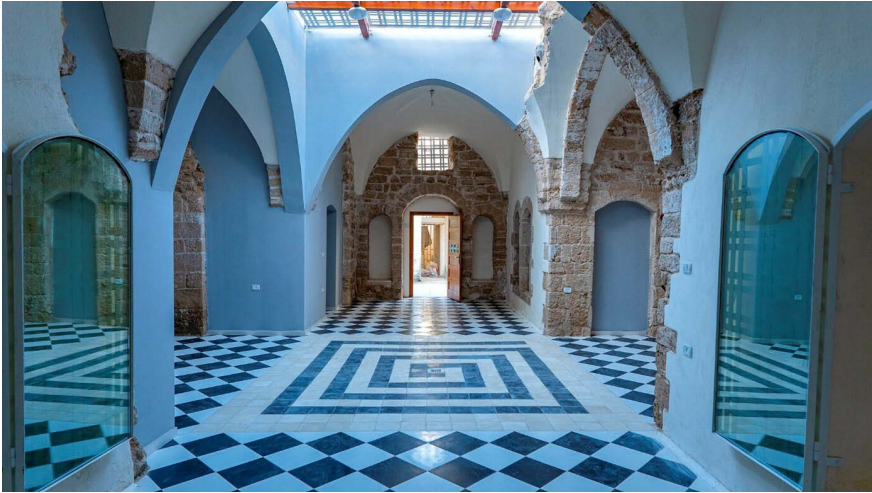
Wir haben viele Fahnen gehisst.
 Sie haben viele Fahnen gehisst.
 Damit wir denken, sie seien fröhlich.
 Damit sie denken, dass wir fröhlich sind.

Jehuda Amichai (1924–2000)

Ich gebe zu, der Beitrag für diese Publikation zum 50-jährigen Bestehen der Kulturpolitischen Gesellschaft ist mir schwergefallen. Muss ich meine palästinensischen Wurzeln verleugnen, um als Deutscher Stellung zu beziehen? Von meiner entfernten Verwandtschaft in Gaza sind viele mittlerweile tot, darunter Kinder aller Altersgruppen: Odai (noch kein Jahr alt), Abdullah (ein Jahr), Udai (acht Jahre), Sama (neun Jahre), Yazan (15 Jahre). Diese Namen mögen stellvertretend stehen für die Namen der Tausenden von toten Kindern, die in den täglichen Nachrichten nicht zu uns durchdringen¹. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen António Guterres: »Gaza wird zum Friedhof für Kinder.«

Das mit Hilfe des Goethe-Instituts und aus Mitteln des Kulturerhaltprogramms des Auswärtigen Amtes erst 2020 aufwändig sanierte historische Al Ghussein-Haus, zu Mandatszeiten Wohnsitz des britischen Konsuls, um 1800 erbaut von Vorfahren meiner Familie, erlebte eine sehr kurze Blüte als Kulturzentrum in Gaza-Stadt. Heute ist es vollständig zerstört – so wie ca. 80 Prozent des Gazastreifens nur noch apokalyptische Trümmer sind, das palästinensische kulturelle Gedächtnis nahezu ausgelöscht.

1 <https://interactive.aljazeera.com/aje/2024/israel-war-on-gaza-10000-children-killed/>



*Eingangshalle des Al-Ghussein-Hauses in Gaza-Stadt nach der Fertigstellung, 2021. © Ismail Abu Hatab. Auch der Fotograf Ismail Abu Hatab (32) wurde, wie so viele seiner Kolleg*innen, bei einem israelischen Bombenangriff getötet. Er starb am 30. Juni 2025, als das auch häufig von Journalist*innen genutzte Internetcafé Al-Baqa bombardiert wurde, mindestens 42 Menschen starben dabei. Laut UN wurden seit dem 7. Oktober 2023 mehr als 250 Journalist*innen getötet.*

Wie also äußere ich mich angemessen zu Drama und Elend des Nahostkonflikts, ohne emotionslos zu bleiben oder Verzweiflung Oberhand gewinnen zu lassen? Wie soll ein in Verantwortung stehender Kulturdezernent deutsch-palästinensischer Herkunft sich zu diesem Thema äußern, ohne in Verdacht zu geraten, parteiischer Vertreter der einen oder anderen Position zu sein? Vertrete ich palästinensische Positionen, gelte ich als potenzieller Antisemit und Gegner Israels. Schließe ich mich als deutscher Staatsbürger der offiziellen Doktrin der »deutschen Staatsräson« an, gerate ich in Verdacht, meine palästinensische Herkunft zu verleugnen und mich aus opportunistischen Gründen zu unterwerfen. Der typisch deutsche Wunsch nach Eindeutigkeit tut sich schwer mit differenzierenden Betrachtungen. Diese sind eine Sache für das politische Feuilleton, im Alltag aber nicht zu gebrauchen. Scheinbare Simplifizierung ist nur möglich, wenn man wesentliche Teile der Geschichte ausblendet. Sie erschwert Dialog und Verständigung und führt zu fortgesetzter Verhärtung in den Beziehungen, lässt feindliche Positionen fortbestehen und schafft die Voraussetzung für weitere Konflikte. Die Auseinandersetzungen an einigen Universitäten rund um Proteste gegen die israelische Kriegsführung in Gaza, prominent in Berlin, waren traurige Bilder aus einem verstörten Land, das nicht weiß, mit welchen Strategien einer Kultur des Dialogs und des Konfliktmanagements in dieser Krise reagiert werden kann, und das sich auf diesen Moment auch nicht vorbereitet hat. Wir sehen große Verunsicherung im Wissenschaftsbetrieb sowie eine teils hek-

tische Betriebsamkeit in der Politik², die meint, kurzatmig mit Antisemitismusklauseln und Bundestagsresolutionen dem verschüttet geglaubten Ungeheuer des Judenhasses begegnen zu müssen.

Die naheliegende Position einer doppelten Solidarität – mit Israel als Staat, mit Jüdinnen und Juden *und* mit den Palästinenser*innen – hat sich in den letzten Jahrzehnten, obwohl immer wieder gefordert, in Deutschland nicht wirklich durchgesetzt oder wird delegitimiert, weil man Unaufrichtigkeit, falsche Solidarisierung und Antisemitismus vermutet (vgl. Al Ghusain 2023). Zumindest in der offiziellen Politik ist die doppelte Solidarität ein schwankender Boden und wird zugunsten der Staatsräson im Interesse Israels, wie sie durch den Bundestag und die jeweiligen Mitglieder der Bundesregierung seit 1949 vertreten wird, nicht ernsthaft verfolgt. Ja, Deutschland wiederholt gebetsmühlenartig die Forderung nach einer Zweistaatenlösung. Diesem Appell folgen aber keine Taten. Die tatsächliche Anerkennung, von einer Mehrheit der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen längst vollzogen, erfolgt nicht. Humanitäre Hilfe und die Förderung von zivilen Projekten übertünchen das Fehlen eindeutiger politischer Positionierungen im Interesse der Palästinenser*innen, was man am Verhalten bei zahlreichen Abstimmungen der UN über all die Jahre und Jahrzehnte beobachten konnte und noch immer kann, unabhängig davon, welche Kriegsverbrechen die »moralischste Armee der Welt« (Ministerpräsident Benjamin Netanyahu) auf Anweisung der israelischen Regierung auch begeht.

Die unfassbar große Schuld, die sich Deutschland mit dem Nationalsozialismus und der systematischen Vernichtung der Jüdinnen und Juden (und allen weiteren Kriegsverbrechen und Pogromen an Sinti und Roma, an Homosexuellen, Behinderten und weiteren marginalisierten Gruppen) aufgeladen hat, zwingt die Politik (und mit ihr die ganze deutsche Nation) zu einer unverbrüchlichen Loyalität mit Israel, die schon einer vorsichtigen Kritik enge Grenzen auferlegt. Ohne Zweifel ist der Kampf gegen Antisemitismus richtig und notwendig, aber doch nicht seine Instrumentalisierung zur Rechtfertigung des Bruchs vom Völkerrecht und von Kriegsverbrechen (vgl. Knoblich/Al Ghusain 2024).

Kenntnisse der historischen Entwicklungen und der Ursachen des Nahostkonflikts sind oft nur rudimentär, und so galt schon in den 1970er Jahren der Gebrauch der Worte Palästina oder palästinensisch als problematisch. Mit dem Attentat der PLO auf israelische Sportler bei den Olympischen Spielen 1972 in München wurde das Wort »palästinensisch« zum Synonym für »terroristisch«. Mich als Sohn eines Palästinensers zu erkennen zu geben, war zu dieser Zeit schwierig und ich habe es als Jugendlicher lieber vermieden. Aber auch unabhängig von persönlicher Betroffenheit war der Nahostkonflikt stets ein heikles Thema, das man lieber umschiffte, zumal wenn man nicht ganz sattelfest in den historischen Bezügen war.

Wer sich historisch interessiert und informiert wähnte, hat sich mit Fragen der deutschen Schuld und der Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus befasst, hat die ehemaligen Konzentrationslager besucht oder ist mit Aktion Sühnezeichen nach Israel in einen Kibbuz gegangen, hat für die Deutsche Kriegsgräberfürsorge gespendet

2 Siehe die im Dezember vom Berliner Kultursenator Joe Chialo im Dezember 2023 überstürzt eingeführte Antisemitismusklausel, die er bereits im Januar 2024 wegen juristischer Bedenken wieder zurückziehen musste.

oder sich in anderen zivilgesellschaftlichen Projekten wie der Einrichtung von Gedenkorten engagiert. Das waren wichtige Entwicklungen, denn bis in die 1970er Jahre war die Auseinandersetzung mit dem Naziterror und den Folgen keineswegs Standard an Schulen und im allgemeinen öffentlichen Bewusstsein.

Rituale des Gedenkens haben in der Folge eine größere Selbstverständlichkeit erfahren, sei es der Holocaust-Gedenktag am 27. Januar, sei es der 9. November mit dem Gedenken an die Progromnacht. Es sind vielerorts Synagogen wiederaufgebaut und zu Museen bzw. als Gedenkstätten eingerichtet worden – oder dienen wieder ihrem eigentlichen Zweck. Tausende von Stolpersteinen wurden verlegt, viele zivilgesellschaftliche Initiativen oder auch Schulklassen haben sich dabei engagiert. Und doch lässt sich diese sehr deutsche Erinnerungskultur auch kritisieren. Publizist*innen wie Michel Friedman, Max Czollek oder Dana von Suffrin bleiben misstrauisch und kritisch, wenn Erinnerungskultur vor allem dazu dient, Deutschland als vermeintlich geläutertes Land, das aus seiner Geschichte gelernt hat, in die Weltgemeinschaft zurückzuführen, es doch zugleich nicht gelingt, den Antisemitismus wirksam und nachhaltig zurückzudrängen, Juden sich weiterhin Angriffen und Gefährdungen ausgesetzt sehen – heute, nach dem 7. Oktober, nochmals deutlich stärker als in den Jahrzehnten zuvor. Zögerlich und allmählich kamen in den Nachkriegsjahren Jüdinnen und Juden zurück nach Deutschland, aber erst mit den »Kontingentflüchtlingen«, die zwischen 1990 und 2004 aus der untergehenden Sowjetunion nach Deutschland einwanderten, stiegen die Zahlen deutlich an.

Wie erging es Palästinenser*innen, von denen rund 700.000 im Zuge des Palästina-Krieges (1947–1949) rund um die Staatsgründung Israels vertrieben wurden oder flüchteten? Sie kamen ab den 1960er Jahren in kleiner Zahl nach Westdeutschland und auch in die DDR (im Zuge des libanesischen Bürgerkrieges ab 1975 dann auch vermehrt aus palästinensischen Flüchtlingslagern im Libanon). Ein Kontingentflüchtlingsgesetz gab es nicht für sie, sie waren Flüchtlinge mit ungewisser Zukunftsperspektive.

Mit seinem Verdikt der Israeltreue als Staatsräson ist Deutschland heute international zunehmend isoliert und riskiert, durch Ignorierung der im Gazakrieg mutmaßlich verübten Kriegsverbrechen neue Schuld auf sich zu laden. Gefordert wird von Migrant*innen die bedingungslose Übernahme des deutschen Narrativs von Schuld und Erinnerung. Aber wie sollte denn ein allein aus deutscher Perspektive formulierter Erinnerungskodex pauschal durch Migrant*innen übernommen werden? Der Deutsche Städtetag hat auf veränderte Bedingungen einer Einwanderungsgesellschaft mit einem Positionspapier reagiert, das wenige Monate vor dem Terrorangriff auf Israel vorgelegt wurde und in dem die kulturpolitische Forderung nach einer erneuerten Erinnerungskultur Eingang findet:

»Erinnerungskultur ist kein starres Ensemble repräsentativer Anlässe oder Codes, sondern entwickelt sich mit dem gesellschaftlichen Wandel stetig fort. [...] Individuen gehören unterschiedlichen Erinnerungsmilieus an. Dies gilt auch für Erinnerungsnarrative von Menschen mit Migrationsgeschichte. [...] Anstelle einer Engführung des Geschichtsbewusstseins entlang von Herkunftsn sollte dabei die gegenseitige Bereitschaft zu aktivem, wertschätzendem Dialog treten. Hierzu können insbesondere partizipationsorientierte Formate mit migrantischen Akteurinnen und Akteuren sowie Migrantenselbstorganisationen dienen. Diese sollten die Folgen diskriminierender

oder rassistischer Haltungen mitreflektieren. Das dient sowohl der Anerkennung einer von Diversität geprägten Gesellschaft als auch der Stärkung unserer Demokratie.« (Deutscher Städtetag 2023)

Die heutige deutsche Gesellschaft, in der unterschiedlichste Herkünfte, Sozialisierungen und wechselseitige Traumata aufeinandertreffen, wird durch die jüngste Eskalation des Nahostkonflikts zusätzlich herausgefordert. Für die deutsche Politik wird die Frage immer dringlicher, ob man eine asymmetrische Behandlung verschiedener Gruppen aufrechterhält oder ob Strategien der Konfliktbearbeitung entwickelt werden, die auf Dialog und fundierte Geschichtsvermittlung setzen, um ein friedliches Miteinander zu fördern.

Bislang überwiegen Unsicherheit und Hilflosigkeit, wie man diese Fragen bearbeiten soll. So vermeiden Lehrkräfte in Schulen häufig das Thema aus Sorge, den damit verbundenen Herausforderungen durch sehr divers zusammengesetzte Klassen nicht gerecht werden zu können. Dieser Zustand der Rat- und Sprachlosigkeit muss aber dringend überwunden werden. Zum Dialog gibt es keine Alternative. Mit der Erschütterung durch den 7. Oktober und seinen Folgen wurde dies schlagartig sichtbar. Groß war die Enttäuschung auf Seiten der Jüdinnen und Juden in Deutschland, als noch am Tag des Angriffs manche Kommentator*innen auf die historischen Ursachen für diese Explosion der Gewalt abheben wollten, wo ein Innehalten und ein gemeinsames Trauern angezeigt gewesen wäre. Dass bereits kurz darauf durch die Angriffe Israels auf den Gazastreifen auf der Seite der Palästinenser*innen ebenfalls viele und bald deutlich mehr Opfer zu beklagen waren, hat die Phase der Empathie mit den israelischen Opfern schmerzhaft verkürzt. Die Verletzung für viele Jüdinnen und Juden in Deutschland sitzt tief und wirkt lange nach, auch wenn mittlerweile zahlreiche Initiativen entstanden sind, die auf diesen Vorwurf mit Betroffenheit und neuem Engagement reagieren und jüdisches Leben durch zahlreiche Veranstaltungen und Programme verstärkt sichtbar gemacht wird.³

Eine öffentlich bekundete Trauer und Empathie mit den Opfern angesichts des immer brutaler geführten Gaza-Kriegs vermissen weiterhin und zunehmend auch die Palästinenser*innen. Kundgebungen und Konferenzen, die der Verzweiflung angesichts der Situation der Palästinenser*innen in Gaza Ausdruck verleihen und Solidarität zeigen wollen, werden – selbst wenn sie von palästinensischen und jüdischen Initiativen gemeinsam organisiert werden – oft als antisemitisch und als Sympathiebekundung mit der Hamas diffamiert und nach Möglichkeit sogar unterbunden. Ohne Zweifel gab es auch Demonstrationen, die von radikalen Kräften gekapert wurden und so das alte Bild verfestigt haben, dass Palästinenser*innen tendenziell Antisemiten und Terrorsympathisanten sein müssen und »kein Zivilist aus Gaza unschuldig sein kann«, wie es (nicht nur) der Staatspräsident Israels, Isaac Herzog, wiederholt formuliert hat. Eine »menschenverachtende Polemik«, so der Journalist Ronen Steinke in der Jüdischen Allgemeinen vom 24.1.2024, allein wenn man bedenkt, wie viele Kinder seit dem 7. Oktober in Gaza gestorben sind, ohne dass sie überhaupt nur verstehen konnten, warum es diesen

3 Als aktuelle Beispiele aus Essen können z.B. die Queer Jewish Days in der Alten Synagoge – Haus jüdischer Kultur (Juni 2025) genannt werden oder das Tikvah-Festival jüdischer Musik (September 2025 bis Mai 2026) in Kooperation von Alter Synagoge und Philharmonie Essen.

Krieg und diese anhaltende Gewalt gibt⁴. Die Verantwortung für die Verbrechen der Hamas pauschal allen im Gazastreifen lebenden Menschen aufzubürden, ist grotesk und sicher nicht geeignet, einen Beitrag zur Befriedung zu leisten.

In dieser Situation also steht Deutschland heute und sucht seine Rolle. Die Tatsache, dass abseits der offiziellen Verlautbarungen auf politischer Ebene das jüdische Leben in Deutschland weiterhin als fragil und gefährdet bezeichnet werden muss, erschwert die Entwicklung und Umsetzung von Konzepten, die friedensfördernd wirken. Dass der Antisemitismus nie vollständig zurückgedrängt wurde und rechtsradikale, rassistische und menschenfeindliche Einstellungen in Deutschland bis heute eine konstante und sogar wachsende Größe darstellen, muss auch als ein Versäumnis der politischen Bildung eingeordnet werden. Die – europaweite – massive Zunahme rechtspopulistischer bzw. rechtsradikaler Tendenzen, Gruppen und Parteien kommt erschwerend hinzu. Damit wird schmerzlich sichtbar, dass die Resilienzkkräfte der Demokratie mehr denn je bedroht sind.

Aufgeben ist keine Alternative. Da der Nahostkonflikt mehr als andere Konflikte dieser Welt ursächlich mit Deutschland verbunden ist, durch die Verbrechen der Shoah mit ausgelöst, müssten gerade von Deutschland Impulse ausgehen, die auf ein anderes Miteinander zielen, beide Seiten berücksichtigen und dazu beitragen, zivilgesellschaftliche Projekte und Initiativen zu fördern. Die erhebliche Zunahme von antisemitischen Vorfällen und Angriffen gegen Jüdinnen und Juden wiegt schwer und kann niemanden gleichgültig lassen. Auch die erhebliche Zunahme von muslimfeindlichen und rassistischen Diskriminierungen und Gewalttaten ist offensichtlich und erschreckend. Muslim*innen erleben eine asymmetrische Einschätzung ihrer Lage in Deutschland, die die gegen sie gerichtete Diskriminierung weniger stark fokussiert und sie gleichzeitig oftmals für eine Zunahme des Antisemitismus verantwortlich macht.

Kulturpolitik als Friedenspolitik?

Kulturverbände wie die Kulturpolitische Gesellschaft und der Deutsche Kulturrat thematisieren seit vielen Jahren die Herausforderungen einer Erinnerungskultur, die – nach der unmittelbaren Nachkriegszeit mit ihrer Verdrängung der Schuldfrage – eine kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte betreibt.⁵ Für die nachkommenden Generationen ergibt sich daraus eine besondere Verantwortung, den Gefährdungen durch eine zunehmende Polarisierung und Aggressionsbereitschaft zu begegnen und die Werte einer auf Gesetze, Respekt und Demokratie gründenden Gesellschaft zu verteidigen. Und sie insbesondere auch für Zugewanderte zu verteidigen, die rassistische Einstellungen, Diskriminierungen und Gewalttaten erfahren und erleiden müssen.

4 Laut Angaben des UN-Kinderhilfswerks geht man von über 18.000 getöteten und mehreren Zehntausend verletzten Kindern im Gazastreifen aus.

5 Siehe dazu den Beitrag von Thomas Sternberg und Norbert Sievers in diesem Buch. Mit dem Thema »Kunst und Kultur im Krieg« hat sich die Kulturpolitische Gesellschaft im Schwerpunkt der Kulturpolitischen Mitteilungen, Heft 185, II/2024 sowie im Rahmen des 70. Loccumer Kulturpolitischen Kolloquiums »Wenn die Waffen sprechen, schweigen die Künste? Kulturpolitik in Kriegzeiten« vom 20. bis 22. Juni 2025 auseinandergesetzt.

Bei aller reflektierten Befassung mit der Geschichte Deutschlands überrascht, dass eine explizit kulturpolitische Auseinandersetzung mit Israel und Palästina in all den Jahren nicht systematisch und kontinuierlich stattgefunden hat. Die Entwicklungen der Gegenwart machen es aber notwendig, auch aus kulturpolitischer Perspektive eine zivilisationsstärkende Initiative entstehen zu lassen. Auf der Ebene der Künste gibt es ja längst vielfältige Projekte: Exemplarisch genannt sei das große Engagement der beiden charismatischen, singulären Persönlichkeiten Daniel Barenboim und Edward Said (West-Eastern Divan Orchestra, Barenboim-Said-Akademie in Berlin⁶) und ihre Überzeugung, mit der Kraft der Musik vermeintlich unüberwindbare Gräben zu überschreiten. Zahlreiche Künstlerinnen und Künstler aus Israel und auch aus Palästina bzw. dem Nahen Osten sind schon lange und regelmäßig in Deutschland präsent. Dieses Potenzial müsste kulturpolitisch stärker und nachhaltiger gefördert und genutzt werden.

Künstlerische Arbeit ersetzt nicht die politische bzw. kulturpolitische Befassung. Die Unsicherheit im Umgang mit rassistischen, antisemitischen und muslimfeindlichen Entwicklungen war stets eine Herausforderung für den Kulturbetrieb. Dies zeigte sich in den letzten Jahren auch dadurch, dass zuletzt Missverständnisse entstanden sind und ein Aktionismus ausgelöst wurde (Stichwort: cancel culture), der etwas nachholen sollte, wo zuvor Leerstellen waren. Die kulturpolitischen Erschütterungen im Zusammenhang mit der *documenta fifteen* sowie die zunehmenden Absagen von Veranstaltungen mit vermeintlichen oder expliziten BDS-Unterstützer*innen oder angeblichen linken Antisemit*innen im Kulturbereich zeigen, dass eine erhebliche Störung zwischen Betroffenen des Nahostkonflikts und dem deutschen Kunstbetrieb besteht. Mit den hektischen Bemühungen der Politik, durch Einführung von Antisemitismusklauseln eine Kulturförderung an ein Bekenntnis zum Staat Israel zu koppeln, wurde die bereits bestehende Verunsicherung weiter angeheizt. Was darf noch Kritisches geäußert werden? Ist schon eine Kritik an der Regierung Israels als Antisemitismus zu werten, wie es die vielfach bemühte IHRA-Definition nahelegt⁷? Wie steht es mittlerweile um die grundgesetzlich geschützte Kunst- und Meinungsfreiheit? Diese Unsicherheiten führen vermehrt zu Blockaden oder zu vorauseilendem Gehorsam, der Diskursräume schrumpfen lässt und Ängste schürt. Die sich hier zeigende kulturpolitische Leerstelle ist dabei keine beabsichtigte, sie ist vielmehr eine aus Verunsicherung, Ratlosigkeit, bisweilen auch fehlender persönlicher Verbindung entstandene Lücke im Diskurs. Dies führt zu einem defizitären moralischen (und rechtsstaatlichen) Kompass, der es nicht einmal mehr zulässt, Israel die Einhaltung des Völkerrechts abzuverlangen.

6 west-eastern-divan.org, www.barenboimsaid.de/de.

7 IHRA – International Holocaust Remembrance Alliance; Auszug: »Eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann und auch antisemitische Äußerungen und Handlungen umfasst, die sich gegen den Staat Israel richten, der hier als jüdisches Kollektiv verstanden wird.«

Mutmacher, allen Widerständen zum Trotz

Es ist zu fragen, welche Strukturen bestehen oder entwickelt werden müssen, um zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserer unter Stress stehenden Gesellschaft beitragen zu können.

Die Rolle der Künstler*innen, der Kulturorganisationen und der Kulturverbände könnte heute sein, das Postulat von der Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik neu zu beleben und damit einhergehend Strukturen auszubauen, die dazu beitragen, neue, vertiefte und verlässliche Verbindungen zwischen Menschen entstehen zu lassen. Trilaterale Verbindungen zwischen Jüd*innen, Palästinenser*innen und anderen wären in dieser Situation wichtig, sind aber bislang nur in Ansätzen vorhanden oder mit dem 7. Oktober wieder ganz abgerissen. Verletzungen, Traumata, Ängste und auch Hass überlagern die Sehnsucht und die Fähigkeit, friedensfördernde Strukturen und Netzwerke zu knüpfen.

Es sind die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, die sich den negativen Einflüssen und Einreden widersetzen und an Strategien des friedlichen, auf Empathie und Respekt gestützten Miteinanders festhalten, den Dialog fortsetzen und nach Wegen suchen müssen, das Zusammenleben auch in Krisenzeiten aufrecht zu erhalten. Sie sind es, die den politischen Kräften die Richtung weisen, wo diese im starren Korsett einer Staatsräson blockiert sind und eine Empathie in beide Richtungen nicht zulassen wollen.

Selbst in Israel gibt es noch Kräfte der Zivilgesellschaft, die an einem Dialog festhalten, obwohl alle Rahmenbedingungen dagegen sprechen: Das waren in früheren Jahren, neben vielen anderen, der Journalist und Aktivist Uri Avnery (1923–2018), die Rechtsanwältin Felicia Langer (1930–2018), der Psychologe Dan Bar-On (1938–2008), das sind heute Personen wie der Schriftsteller David Grossman, der Historiker Moshe Zimmermann, Initiativen wie Zazim, B'Tselem, Combatants for Peace, Parents Circle-Families-Forum, Breaking the Silence, Neve Schalom/Wahat-al-Salam⁸ (jüdisch-arabisches Friedensdorf zwischen Jerusalem und Tel-Aviv-Jaffa), die sich für ein friedliches Zusammenleben einsetzen. Den immer massiver werdenden Anfechtungen und Restriktionen seitens der israelischen Regierung versuchen sie zu trotzen.

In Deutschland sind es eine Reihe von Einzelpersonen wie der Historiker Meron Mendel und seine Frau und Politologin Saba-Nur-Cheema, die Bildungsforscherin Deborah Schnabel, der Philosoph Omri Boehm, Publizist*innen wie Michel Friedman, Alena Jabarine, Navid Kermani, der Sozialpädagoge Burak Yilmaz (der mit Gruppen muslimischer Jugendlichen die Gedenkstätte Auschwitz besucht), die Anne-Frank Bildungsstätte in Frankfurt, Institutionen wie die Alte Synagoge – Haus jüdischer Kultur in Essen, Initiativen wie die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus, Rassismus, Hass und Intoleranz, das Projekt Trialog (Jouanna Hassoun und Shai Hoffmann), die Palestinians and Jews for Peace (Köln), Kulturfestivals wie das Morgenland-Musikfestival in Osnabrück, der Jiddish Summer in Weimar, die Jüdischen Literaturtage in Essen und viele mehr, die auf Dialog, Kommunikation und Friedensarbeit setzen. Dazu zählen natürlich auch zahllose Buchpublikationen oder z.B. die Zeitschrift *zenith* als

8 zazim.org.il, btselem.org, cfpeace.org, theparentscircle.org, breakingthesilence.org.il, wasns.org

unabhängiges Magazin für die Themen des Nahen Ostens als wichtiges Medium für Dialog, Austausch und Verständigung.

Über diese Aktivitäten, Institutionen und Persönlichkeiten hinaus müssen nachhaltige Strukturen für Dialog und Begegnung auf örtlicher Ebene entstehen. Alle Institutionen sind aufgefordert, sich hier verstärkt einzubringen. Demokratie braucht Demokratinnen und Demokraten, die sich engagieren und die wissen, dass ihr Einsatz nicht nur ehrenwert, sondern auch dringend notwendig ist. Wir sollten verstehen, dass stabiler Frieden und gesellschaftlicher Zusammenhalt nur dann erreicht werden können, wenn die Bevölkerung selbst Teil der Lösung ist. Einzelpersonen, Vereine, Verbände, Stiftungen, aber auch der Bund, die Länder und Kommunen können Strategien und Programme entwickeln, um positive, dialogorientierte Entwicklungen zu unterstützen und zu verstärken. Die drohenden Gefahren durch radikalisierte Gruppen und Parteien sind zu groß, als dass die Gesellschaft nicht alles versuchen muss, um Stabilität und Stärke unserer Demokratie zu sichern und sie zukunftsfest zu machen. Trotz einiger hervorragender Beispiele reicht dies allein nicht aus. In einem Land mit über 83 Mio. Einwohnern muss auch eine Quantität in den Strukturen entstehen – und mit den entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden –, damit diese in der Breite der Gesellschaft und vor Ort in Stadtteilen und Quartieren ihre Wirkung entfalten können.

Was es braucht?

Eine aktive Gesellschaft, die ihre Loyalität gegenüber all ihren Mitgliedern nicht allein über Gesetze und Bekenntniszwänge einfordert, sondern mit den Methoden des Dialogs und der Empathie aus Gesellschaftspolitik Friedenspolitik macht und auf der Basis des Völkerrechts, der allgemeinen Menschenrechte und dem deutschen Grundgesetz ihren Humanismus und ihre Demokratiefähigkeit beweist und damit einen Beitrag zum Frieden in der Welt leistet, ganz so, wie es in der Präambel des deutschen Grundgesetzes heißt: »... von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen.«

Literatur

- Al Ghusain, Mughtar (2023): »Eine Zäsur für die deutsche Erinnerungskultur – Nach dem 7. Oktober muss vieles anders werden«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 183, IV/2023, S. 26f.
- Amichai, Jehuda (2020): *Offen Verschlössen Offen*. Aus dem Hebräischen von Lydia und Paulus Böhmer, Berlin: Jüdischer Verlag
- Darwish, Mahmud (2002): *Wir haben ein Land aus Worten*. Aus dem Arabischen von Stefan Weidner, Zürich: Amman
- Deutscher Städtetag (2023): *Erinnern ist Zukunft. Demokratie stärken mit Erinnerungskultur*. Positionspapier des Deutschen Städtetags, Berlin und Köln, <https://www.staedtetag.de/positionen/positionspapiere/2023/erinnern-ist-zukunft>

Knoblich, Tobias J.; Al Ghusain, Muchtar (2024): »Erinnerungskultur als verstehender Dialog«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 184, I/2024, S. 51–53